

Der Gewerkeverein

Zentralorgan und Korrespondenzblatt des Verbandes der Deutschen Gewerkevereine.

Erscheint jeden Mittwoch und Sonnabend.
Vierteljährlicher Abonnementspreis 0,60 M.;
bei freier Bestellung durch den Briefträger
ins Haus 18 Pf. mehr.
Alle Postanstalten nehmen Bestellungen an.

Herausgegeben
unter Mitwirkung der Verbands- und Berufs-Vorstände
vom
Zentralrat der Deutschen Gewerkevereine
(Vorsitz: Dunder)
Berlin N.O. 55, Greifswalder Straße 221/223.

Anzeigen pro Zeile:
Geschäftsanz., 25 Pf., Familienanz., 15 Pf.,
Vereinsanz., 10 Pf., Arbeitsmarkt gratis.
Redaktion und Expedition:
Berlin N.O., Greifswalderstraße 221/223.
Fernsprecher: Amt VII, Nr. 4726.

Nr. 10.

Berlin, Mittwoch, 2. Februar 1910.

Zweiundvierzigster Jahrgang.

Inhalts-Verzeichnis:

Der Zwangsarbeitsnachweis des Zechenverbandes vor dem preussischen Abgeordnetenhaus. — Aus der Praxis der Arbeiterversicherung. — Allgemeine Rundschau. — Tätigkeitsberichte der Ortsverbände über das Jahr 1909. — Gewerkevereins-Leit. — Verbands-Leit. — Anzeigen.

Der Zwangsarbeitsnachweis des Zechenverbandes vor dem preussischen Abgeordnetenhaus.

Die Tagespresse ist nicht in der Lage, die parlamentarischen Berichte wörtlich zu veröffentlichen. Sie muß sich darauf beschränken, in kurzen Auszügen ein Bild der Verhandlungen zu geben. Bei der Zusammenfassung der einzelnen Reden laufen da naturgemäß manche Ungenauigkeiten oder gar Unrichtigkeiten unter. Als wir die Verhandlungen über den Zwangsarbeitsnachweis lasen, mußten wir uns sagen, daß gerade diese Berichte besonders mangelhaft waren, da auch mit Bezug auf unsere Organisation völlig unzutreffende Mitteilungen darin enthalten waren. Jetzt, da das amtliche Stenogramm vorliegt, sind wir in der Lage, ein zutreffendes Stimmungsbild zu entwerfen.

Eine Interpellation des Zentrums, welche Stellung die preussische Regierung gegenüber der einseitigen Organisation des Zwangsarbeitsnachweises im Ruhrkohlenrevier einzunehmen gedenke, gab den unmittelbaren Anlaß zu den Verhandlungen. Der Abg. Trimborn, der die Anfrage zu begründen beauftragt war, schilderte die Vorgänge, die sich in den letzten Monaten im Ruhrkohlenrevier zugetragen, und die Begleiterscheinungen, die sie mit sich gebracht haben. Er verurteilte den Zwangsarbeitsnachweis und forderte die Regierung auf, demselben dauernd ihre Aufmerksamkeit zuzuwenden. Außerdem aber befürwortete er die Einführung von paritätischen Arbeitsnachweisen. Dem preussischen Handelsminister Sydow war damit Gelegenheit gegeben, zum ersten Mal seine sozialpolitischen Anschauungen zum Ausdruck zu bringen. Er gab sich die erhebliche Mühe, den Eindruck zu erwecken, als wenn er in wirtschaftlichen Dingen die strengste Neutralität in Arbeitgebern und Arbeitnehmern gegenüber zu wahren entschlossen sei. Trotz alledem verrieten seine Ausführungen nur allzu deutlich, daß er vielmehr auf Seiten der Unternehmer steht. Seine Rede war eine Verteidigung des Unternehmerarbeitsnachweises, an dem er nichts Anstößiges mehr finden kann, nachdem auf seine Veranlassung die bedenklichsten Bestimmungen aus dem Statut entfernt seien. Der Minister hat auch die feste Ueberzeugung, daß die Unternehmer den Arbeitsnachweis in der loyalsten Weise handhaben werden. Trotzdem würde er keine Bedenken gegen die Einführung gewisser Kontrollvorschriften über die einseitigen Arbeitsnachweise haben. Gewissmaßen zur Beruhigung sagte er noch hinzu, daß die preussische Bergverwaltung, soweit sie als Unternehmer in Betracht kommt, dem Zechenverbände nicht beigetreten sei, es auch nicht beabsichtige und damit auch dem Zwangsarbeitsnachweis sich nicht anschließen werde. Von paritätischen Arbeitsnachweisen im Ruhrgebiet will der Herr Minister nichts wissen, weil, wie er dies schon bei anderer Gelegenheit äußert hat, dafür dort der Boden noch nicht vorbereitet sei.

Dem Sprecher der konservativen Partei, v. Geisler, hatte der Handelsminister aus der Seele gesprochen. Auch er fühlte sich bemüht, den Vorstand des Zechenverbandes als die unschuldigen Kinder hinzustellen, die gar nicht daran dächten,

den Arbeitsnachweis als Machtmittel zu benutzen. Man solle nur erst abwarten, denn es liege nicht der geringste Grund vor, an den von den Bergverwaltungen gegebenen Erklärungen zu zweifeln. Der Arbeitsnachweis werde sich als ein Wohlthat auch für die Arbeiter erweisen. Die ganze Bewegung gegen den Zwangsarbeitsnachweis sei nur eingeleitet aus politischen Gründen, um die Arbeiterlichkeit aufzuregen und zu erbittern. Die gesetzliche Regelung des Arbeitsnachweises sei eine ganz gewaltige und schwierige Aufgabe, der näher zu treten die vorliegende Situation keinen Anlaß gebe.

Zu einer ausgesprochenen Scharfmacherrede schwang sich der nationalliberale Abg. Sirsch, der Syndikus der Essener Handelskammer, auf. Nicht nur dem Zwangsarbeitsnachweis, sondern überhaupt dem Hamburger System spendete er uneingeschränktes Lob. Das Mißtrauen gegen den Zechenverband ist nach seiner Ansicht durchaus ungerechtfertigt. Das beweisen schon die „glänzenden“ Lohnverhältnisse im Ruhrgebiet. Schade nur, daß die Angaben, die Herr Sirsch in dieser Beziehung machte, nicht stimmen, sondern viel zu hoch sind! Selbstverständlich fehlte es in der Rede auch nicht an heftigen Ausfällen gegen die Arbeiterorganisationen auf der einen Seite und gegen jeden Fortschritt auf dem Gebiete der Sozialpolitik auf der anderen Seite. Die Drohung mit dem Streik bezeichnete der Herr als „ein frivolcs Spiel mit dem Feuer“. Als ob nicht die Gewaltpolitik des Zechenverbandes erst die erbitterte Stimmung unter den Arbeitern hervorgerufen hätte!

Wenn der freisinnige Abg. Gylling in seiner Rede der Ansicht Ausdruck verlieh, daß die Antwort des Handelsministers in weiten Kreisen des Volkes auf Zustimmung zu rechnen habe, so trifft das für die Arbeiterorganisationen jedenfalls nicht zu. Von einer gleichmäßigen Verteilung von Licht und Schatten auf Arbeiter und Arbeitgeber kann nicht die Rede sein, wenn ein Minister sich einseitig an die Unternehmer um Auskunft wendet, ohne die Arbeiter zu fragen. Trotzdem wandte sich dieser Redner energisch gegen den einseitigen Zwangsarbeitsnachweis und legte sich warm für den paritätischen Arbeitsnachweis ins Zeug, wobei er auch bemerkenswerte Ausführungen über die Sicherung des Koalitionsrechtes machte. Er sagte u. a.:

„Was nun die Mittel anbetrifft, mit denen man den Arbeitsnachweis fördern kann, so stelle ich an die Spitze die Schaffung von Arbeitskammern... Nach der Begründung der Vorlage, wie sie dem Reichstage bei der vorigen Tagung vorlag, sollten sich die Arbeitskammern — und das unterstüge ich — auch mit denjenigen Maßnahmen beschäftigen, die auf einen gesunden Arbeitsnachweis abzielen.“

Ebenso wird, glaube ich, mindestens ein indirektes Mittel zur Förderung des Arbeitsnachweises die Schaffung eines Stellenvermittlungsgesetzes sein, das die Auswüchse, welche sich auf diesem Gebiete gezeigt haben, beseitigen kann. Tut ein solches Vermittlungsgesetz das, so wird es auch indirekt den Arbeitsnachweis fördern.“

Ferner ist eine Änderung der §§ 152 und 153 der Gewerbeordnung, die sich mit dem Koalitionsrecht beschäftigen, durchaus notwendig. Sie wird ebenfalls ein indirektes Mittel sein, um einen Arbeitsnachweis, wie er sowohl für die Arbeiter wie für die Unternehmer notwendig ist, zu fördern.“

Die freisinnigen Parteien haben denn auch im Reichstage einen Antrag bezüglich des Koalitionsrechtes eingebracht. Er verfolgt die Tendenz, daß der § 152 nicht nur auf Erlangung einer besseren Gestalt, sondern auch auf die Erhaltung bestehender Arbeits- und Lohnverhältnisse Anwendung finden soll, und daß sich ferner die entsprechenden Verabredungen und

Vereinigungen nicht nur auf die individuellen Interessen der Arbeiter und Arbeiterinnen im allgemeinen sowie auf Veränderungen der Gesetzgebung richtet. Der Antrag beabsichtigt endlich eine Erweiterung des § 153 dahin, daß zugleich mit dem Mißbrauch des Koalitionsrechtes die Verhinderung des gesetzmäßigen Gebrauches unter Strafe gestellt wird. Wenn § 152 und 153 der Gewerbeordnung unter diesen Gesichtspunkten einer Reform unterzogen werden, so wird das den Arbeitsnachweis fördern.“

Der Hofe Korfanty wandte sich gegen die Behauptung, daß die unter den Arbeitern herrschende Unzufriedenheit das Werk der Gewerkschaftsführer und einiger Agitatoren sei. Wäre dies der Fall, dann stände die öffentliche Meinung nicht auf Seiten der Bergarbeiter. Dieser Redner entkräftete auch wirkungsvoll den Vorwurf, daß die Arbeiter allein schuld an den Kontraktbrüchen seien. Erstens sei deren Zahl gar nicht so groß, wie immer dargestellt würde; dann aber trügen auch häufig die Unternehmer bzw. ihre Beamten die Schuld.

Aus der Rede des freikonservativen Abg. Krause-Waldenburg, der sich ebenfalls völlig auf die Seite des Ministers und des Zechenverbandes stellte, heben wir nur die Stelle hervor, die sich mit unserer Organisation beschäftigt. Nach den Zeitungsberichten sollte Herr Krause gefragt haben, die Sirsch-Dunderschen Gewerkevereine seien Gegner der paritätischen Arbeitsnachweise. Das ist bekanntlich nicht der Fall. Nach dem Stenogramm aber hat sich dieser Redner auch anders geäußert. Um die paritätischen Arbeitsnachweise in Mißkredit zu bringen, führte er einen Vorgang an, der sich im Jahre 1907 beim Abschluß des Tarifvertrages in der Holzgründe abgepielt hat. Damals hat der Vorsitzende des Gewerkevereins der Holzarbeiter allerdings erklärt:

„Wenn Sie uns zwingen wollen, daß unsere Mitglieder den paritätischen Arbeitsnachweis, Gormannstraße 13, benutzen sollen, so verzichten wir lieber auf einen Antrag. Unsere Leute werden dort beratig malträtiert, daß wir eine Mitbenutzung des Arbeitsnachweises unbedingt ablehnen müssen.“

Unser Kollege hatte für diese Erklärung seine guten Gründe. Dem Namen nach ist der Arbeitsnachweis in der Gormannstraße 13 in Berlin allerdings paritätisch, d. h. seine Verwaltung liegt zu gleichen Teilen in den Händen von Arbeitgebern und Arbeitnehmern. Der Holzarbeiterverband aber als größte Organisation hat es so eingerichtet verstanden, daß die Arbeitsvermittler sämtlich aus seinen Reihen entnommen worden sind. Diese Vermittler aber meßen die Arbeitnehmenden nicht mit gleichem Maße, sondern bevorzugen die Mitglieder des Holzarbeiterverbandes und machen dadurch Propaganda für diesen. Das ist natürlich keine unparteiische Leitung. Gegen diese Sachabundung der Parität hat sich damals unser Kollege mit vollem Recht gewandt, nicht gegen die Parität überhaupt. Würde der Arbeitsnachweis in der Gormannstraße mit unparteiischen Arbeitsvermittlern besetzt sein, so würde es unsern Kollegen niemals eingefallen sein, auch nur ein Wort gegen die Parität zu sagen. Im übrigen läßt ja die vom Zentralrat in seiner Sitzung vom 9. Dezember v. J. angenommene und in Nr. 99 vorigen Jahrganges veröffentlichte Resolution deutlich die Stellung der Deutschen Gewerkevereine zur Arbeitsnachweisfrage erkennen.

Eine wichtige Anlage gegen den Zechenarbeitsnachweis bildete auch die Rede des sozialdemokratischen Abg. Reinert, der mit Recht darauf hinwies, daß man sich nicht auf das Statut über den Zwangsarbeitsnachweis verlassen dürfe.

Erfkens kann dasselbe leicht abgeändert werden, ohne daß man die Arbeiter danach fragt; dann aber gibt es auch noch ein Statut d e s Z e n t r u m s v e r b a n d e s, wonach z. B. streikende Arbeiter während der Dauer eines Ausstandes und während dreier Monate nach Beendigung des Ausstandes von keinem Verbandswerke angenommen werden dürfen. Außerdem heißt es in diesem Statut, daß der Vorstand des Zentrumsverbandes der Hauptstelle des Arbeitsnachweises und den Nachweiskeitellen die nötigen Anweisungen im Sinne der vorstehenden Bestimmungen erteilt und den genannten Stellen weitere Anweisungen allgemein oder für einzelne Fälle erteilen kann. Jede Anweisung kann also das Statut über den Hausen werfen, und der Zentrumsverband hat keine Verpflichtung, die Anweisungen dem Handelsministerium mitzuteilen. Tatsächlich also werden durch den Arbeitsnachweis die Arbeiter vollständig der Willkür der Unternehmer ausgeliefert.

Nach einer völlig nichtsagenden kurzen Erweiterung des Handelsministers ergriß dann noch der Zentrumsabgeordnete Z m b u s c h das Wort, um die gegen die Presse der Arbeiterorganisationen gerichteten Angriffe zurückzuweisen und die Ursachen der Unzufriedenheit unter den Arbeitern und ihres Mißtrauens gegen die Unternehmer festzustellen. Etwas mehr Entschiedenheit hätte diesen Ausführungen nicht schaden können.

Natürlich mußte auch der als Scharfmacher bekannte Dr. D e u m e r sein Stiefpferd gegen die Arbeiterorganisationen reiten. Seine Ausführungen deckten sich vollständig mit denen seines Parteigenossen S i r s c h. Auch seine Rede klang aus in einer Warnung vor jeder übertriebenen Sozialpolitik.

Ein anderer Ausgang dieser Verhandlungen war im preussischen Abgeordnetenhaus nicht gut zu erwarten. Wahrscheinlich kommt die Frage noch einmal zur Erörterung, wenn der freisinnige Antrag auf Regelung des Arbeitsnachweiswesens zur Beratung kommt. Für die Arbeiterorganisationen aber bedeutet der bisherige Verlauf der Debatte eine Mahnung, alles aufzubieten, um ihre Reihen zu stärken und die Massen der unorganisierten Vergarbeiter zu sich herüber zu ziehen. In den Arbeiterorganisationen werden sie in diesem Streben energische Unterstützung finden.

□ **Aus der Praxis der Arbeiterversicherung.**

Nach den Bestimmungen des Invalidenversicherungsgesetzes bzw. des Gesetzes betreffend die Abänderung der Unfallversicherungsgesetze, dem sogenannten Mantelgesetz, muß für den Bezirk jeder höheren Verwaltungsbehörde ein Schiedsgericht für Arbeiterversicherung eingerichtet werden. Wir haben insgesamt 126 solcher Schiedsgerichte in Deutschland. Ihre Bezirke fallen in Preußen zusammen mit den Regierungsbezirken, in den außerpreussischen Bundesstaaten mit den dortigen politischen Behörden. Aber der Bezirk eines solchen Gerichts ist noch immer recht umfassend. Es hat sich deshalb seit langem die Praxis herausgebildet, die Sitzung des Schiedsgerichts an wechselnden Orten des Bezirkes abzuhalten. Bei den Sitzungen in den einzelnen Orten werden dann die Berufungen verhandelt, die aus den dortigen Bezirken stammen. Naturgemäß haben aber die Schiedsgerichte nicht in allen dieser Orte über besondere Verwaltungsgebäude zu verfügen. Sie müssen sich manchmal mit recht beschränkten Räumlichkeiten behelfen, und es ist deshalb nicht verwunderlich, daß diese für die Schiedsgerichte auch gewisse Beschwernisse mit sich bringen. Oft finden diese Verhandlungen in den Rathäusern der betreffenden Städte statt, gelegentlich auch in Wirtschaften, Hotels usw.

Auch das Schiedsgericht im Regierungsbezirk Arnberg gehört zu denen, die fortlaufend Verhandlungen abzuhalten pflegen, und es taugt dann u. a. auch in Siegen in einem Lokal mit sehr beschränkten Raumerhältnissen. Der Gerichtshof hat dann nur einen einzigen Raum zur Verfügung, in dem sowohl er, als die geladenen Parteien und Parteivertreter sich aufhalten müssen. Nun schreibt aber § 19 Abs. 2 der kaiserlichen Verordnung betreffend das Verfahren vor den Schiedsgerichten vor, daß die Beratungen und Beschlußfassungen in nicht öffentlicher Sitzung erfolgen müssen. Das Schiedsgericht Arnberg half sich bei seinen Sitzungen in Siegen in der Weise, daß es die Arbeiter und Parteivertreter in den Hausflur hinausgehen ließ, wenn es sich zur Beratung einer Sache zurückziehen sollte. Gleichzeitig gestattete es aber den Vertretern von Berufsgenossenschaften, deren Sachen noch nicht zur Verhandlung standen, im Verhandlungsraum als stumme Zuhörer anwesend zu sein. Dieses zweifellos gefehlbare Verfahren gab vor kurzem dem Reichsversicherungsamt Veranlassung, ein Urteil dieses Schiedsgerichts aufzuheben und die Sache

zur nochmaligen Entscheidung und Verhandlung an das Schiedsgericht zurückzuverweisen. Das Reichsversicherungsamt spricht sich in dem Urteil folgendermaßen aus:

„Was den zweiten Rekurs anlangt, so ist nach den vom Reichsversicherungsamt erhobenen Ermittlungen in der Tat anzunehmen, daß die Beratung des Schiedsgerichts in Gegenwart mehrerer nicht zu dem Gerichtschofe gehöriger Personen — Vertreter von Parteien anderer an demselben Terminstage anstehenden Sachen — erfolgt ist, und daß diese bei den engen Raumerhältnissen die Erörterungen zwischen den Schiedsgerichtsmitgliedern bei der Beratung dieser Sache haben hören können. Daburc ist § 19 Abs. 2 der Verordnung vom 22. November 1900, betreffend das Verfahren vor den Schiedsgerichten, und ein durch diese Bestimmung gesicherter wichtiger Grundsatz gerichtlichen Verfahrens verletzt worden, und dieser wesentliche Mangel des Verfahrens rechtfertigt es, die Vorentscheidung aufzuheben und die Sache zur anderweitigen Verhandlung und Beschlußfassung an das Schiedsgericht zurückzuverweisen.“

Wir geben von diesem Sachverhalte Kenntnis, da auch bei den Verhandlungen anderer Schiedsgerichte es vermutlich an ähnlichen Mängeln nicht fehlen dürfte.

Allgemeine Rundschau.

D i e n s t a g, d e n 1. F e b r u a r 1910.

Der paritätische Arbeitsnachweis, so lautet das Thema, mit welchem sich am Montag, 7. Februar, abends 8 Uhr, eine große Gewerkevereinsversammlung im Berliner Verbandshaus, Greifswalderstraße 221-23, beschäftigen wird. Als Referenten sind vorgelesen Herr Dr. D e e t e r, Generalsekretär des Verbandes der Arbeitsnachweise, und unser Verbandsvorsitzender Kollege G o l d s c h m i d t. Wir haben schon verschiedentlich auf diese Veranstaltung hingewiesen und rechnen mit Bestimmtheit auf recht zahlreiche Erscheinen der Verbandskollegen und Kolleginnen von Berlin und Umgegend. Die Frage, die zur Erörterung steht, ist so überaus wichtig und von so aktueller Bedeutung, daß die Mitglieder unserem Rufe Folge leisten und dafür sorgen müssen, daß die Versammlung auch auf die Öffentlichkeit und die Behörden ihren Eindruck nicht verfehlt.

Ein ungeheurerlicher Vorgang hat sich am Sonnabend im Deutschen Reichstage zugetragen. Bei der Beratung des Etats des Kriegsministeriums hat der sattsam bekannte konservative Abg. v. O l b e n b u r g - J a n u s c h a u u n v e r s t ä n d l i c h den Staatsreich gutgeheißen, indem er sich zu folgenden Sätzen, die festgehalten zu werden verdienen, verließ:

„Der König von Preußen und der deutsche Kaiser sind jeden Moment infolge sein, zu einem Zeitpunkt zu sagen: Nehmen Sie 10 Mann und schließen Sie den Reichstag!“

Diese unverkennbare Beleidigung des Reichstages erregte naturgemäß einen ungeheuren Tumult. Während auf der linken Seite des Hauses und auch im Zentrum lebhafteste Entrüstungsrufe laut wurden, wurden die Herausforderungen des ostpreussischen Junkers auf der Rechten noch mit lebhaftem Bravo! und Sehr richtig! aufgenommen. Man scheint auf dieser Seite also gar nicht das Gefühl dafür zu haben, wie sehr man sich selbst durch solche Verfallskundgebungen herabwürdigt. Was aber das schlimmste ist: Der zweite Vizepräsident, Erbprinz zu S o h e n l o b e - L a n g e n b u r g, hielt es noch nicht einmal der Mühe für wert, den frechen Beleidiger des deutschen Reichstages zur Ordnung zu rufen, während er anderen Abgeordneten gegenüber, die ein Einschreiten gegen den Januschauer verlangten, mit Ordnungsrufen nicht fargte. Um so scharfer war erfreulicherweise die Verurteilung, die die freche Herausforderung sonst im ganzen Hause fand.

Man sieht aber aus diesem Vorkommnis, wie groß der Uebermut der Junker geworden ist, die als letztes Gewaltmittel den Staatsreich empfehlen. Und Leute mit solchen Anschauungen geben der preussischen Politik die Richtung. Es ist wahrlich die höchste Zeit, daß diesem unmwürdigen Zustande so schnell wie möglich ein Ende bereitet wird.

Arbeiterbewegung. In dem gewaltigen Kampfe in der Stettiner Konfektionsbranche ist infolgedessen eine Wendung zu verzeichnen, als durch Vermittlung des Oberbürgermeisters Dr. A d e r m a n n m e h r m a l s V e r h a n d l u n g e n z w i s c h e n d e n s t r e i t e n d e n P a r t e i e n s t a t t g e f u n d e n h a b e n. Dabei haben die Unternehmer etwas Entgegenkommen gezeigt, indem sie auf gewisse Artikel kleine Lohnzulagen bewilligt haben. Auch auf andere Stücke wollen sie Zulagen gewähren. Die Versammlungen der beiden Parteien haben nun darüber zu entscheiden, ob sie sich mit den Einigungsvorschlägen einver-

standen erklären wollen. — In Liegnitz dauert der Streik der Konfektionsneider fort. In Lauban ist es dagegen noch nicht zum offenen Kampfe gekommen. Die Unternehmer weigern sich allerdings, in Verhandlungen über einen Tarif einzutreten und haben auch das von den Arbeitern vorgeschlagene Gewerkegericht als Einigungsamt abgelehnt. — Bei der Konfektionsfirma Stier in Berlin, wo zunächst nur ein Teil der Arbeiter in den Streik getreten war, hatten sich auch die übrigen der Bewegung angeschlossen. Diefelbe ist jetzt zugunsten der Arbeiter beendet. — In den Gräflich Schaffgotschen Holzbearbeitungsbetrieben in Warmbrunn, wo die Arbeiter in den Ausstand getreten waren, ist die Arbeit wieder aufgenommen worden, nachdem man den Wünschen der Arbeiter Rechnung getragen hat. — Bei der Firma Boos in Solingen-Rangenberg ist nach vierwöchigem Streik ein Tarif zustande gekommen, der den Arbeitern nicht unerhebliche Vorteile bringt.

Die Lage des Arbeitsmarktes im Monat Dezember war nach dem Reichsarbeitsblatt günstiger als im Vormonat und fast allenthalben besser als im gleichen Monat des Jahres 1908. Immerhin machte sich in der zweiten Hälfte des Monats ein Rückgang der Beschäftigungsziffer bemerkbar. Auf dem Ruhrkohlenmarkte hat sich die Besserung der Lage fortgesetzt. Die verstärkte Nachfrage der Industrie hielt an. Auch im Saarrevier und in Schlefien waren die Werke durchweg gut beschäftigt. Die Lage der Braunkohlenindustrie hat sich dagegen vielfach verschlechtert, was im wesentlichen auf den infolge des warmen Wetters geringeren Bedarf an Hausbrandkohle und Bricketts zurückzuführen ist.

Die Metallindustrie war im Berichtsmonte fast durchweg befriedigend beschäftigt. Die Berichte über die Hohenenerzeugung lassen erkennen, daß sie sich sowohl in Obereschlefen wie in West- und Süddeutschland durchaus in demselben Umfange gehalten hat wie im November. Die dem Stahlwerksverband angehörenden Werke arbeiteten besser als im Vormonate. Ausreichend beschäftigt waren auch die Eisengießereien; teilweise, z. B. in Westdeutschland, war der Beschäftigungsgrad höher als im Vormonate. Im Maschinenbau hat sich die schon für den Vormonat zu verzeichnende Belegung teilweise fortgesetzt.

Noch immer ungleichmäßig war der Beschäftigung in der Textilindustrie. Die Baumwollspinnereien in Schlefien, Süddeutschland und Elsaß-Lothringen litten noch immer unter sehr schlechter Beschäftigung; dagegen hatten die sächsischen Spinnereien etwas Besser zu tun als im Vormonate. Die übrigen Zweige der Industrie, wie die Wollen-, Leinen-, Tuchindustrie, hatten vielfach Verbesserungen gegen den Vormonat aufzuweisen.

Im Baugewerbe sind vielerorts Verschlechterungen eingetreten, die allerdings unter dem Einflusse der warmen Witterung weniger stark auftraten, als es im Winter für gewöhnlich der Fall ist. In der Bekleidungsindustrie ist der Beschäftigungsgrad im letzten Teile des Monats teilweise gesunken, während die Frühjahrsaufträge in anderen Zweigen vermehrte Beschäftigungsgelegenheit schufen. Günstig wirkt vielfach der im Jahre 1910 sehr frühzeitige Termin für das Osterfest. Die chemische Industrie, die Gummiindustrie, die Papierindustrie hatten flott zu tun; nach Weihnachten machte sich das übliche Sinken der Beschäftigungsziffer bemerkbar. Für die Tabakindustrie brachte das Weihnachtsfest eine vermehrte Tätigkeit, die jedoch nur vorübergehend war. Die Brauereien erzielten infolge der milden Witterung und der Festtage einen etwas erhöhten Absatz, jedoch wird die Lage in Berlin noch immer als ziemlich ungünstig bezeichnet.

Bei den an das Kaiserliche Statistische Amt berichtenden Krankenkassen ergab sich am 1. Januar gegenüber dem 1. Dezember des Vorjahres eine Abnahme der versicherungspflichtigen Mitglieder abzüglich der erwerbsunfähigen Kranken um 143 734, und zwar um 108 245 männliche und 35 489 weibliche, während am 1. November die Abnahme gegen den Vormonat nur 45 380 — 54 625 männliche, + 9245 weibliche Personen betrug. Gegenüber dem 1. Januar 1909 war die Abnahme bei den männlichen Versicherten diesmal wesentlich geringer; sie betrug damals 177 243 Personen. Die Zahl der weiblichen Versicherten sank im Laufe des Dezember 1909 etwas stärker als im gleichen Monate des Vorjahres (35 489 gegen 29 767), wobei jedoch zu berücksichtigen ist, daß im November 1909 bei den weiblichen Personen ein Zuwachs eingetreten war, der doppelt so hoch war als im November 1908.

Die Arbeitslosenziffern der Fachverbände im 4. Vierteljahr 1909 zeigten im ganzen eine recht wesentliche Verbesserung gegenüber dem gleichen Zeitraume des Vorjahres. Sie betragen bei den gleichen Verbänden für Ende Oktober 2,0 Prozent gegen 2,9 Prozent, für Ende November 2,1 Prozent gegen 3,2 Prozent, für Ende Dezember 2,7 Prozent gegen 4,4 Prozent.

Die Berichte der Arbeitsnachweise lauten im Vergleich zum Vorjahr günstig; zwar lassen sie in dem gegen den Vormonat eingetretenen Rückgange der offenen Stellen ebenfalls eine Verminderung der Beschäftigung erkennen, jedoch war das Verhältnis zwischen Angebot und Nachfrage befriedigender als im Dezember 1908. Für weibliche Arbeiter war daselbe auch hinsichtlich des November 1909 der Fall. Bei der Gesamtzahl der betrachteten Arbeitsnachweise, für welche vergleichbare Zahlenangaben vorliegen, kamen im Dezember auf 100 offene Stellen für männliche bzw. weibliche 269 bzw. 107 Nachfragen gegen 209 bzw. 120 im Vormonat und 330 bzw. 112 im Dezember 1908.

Die Einnahmen aus dem Güterverkehr deutscher Eisenbahnen waren im Dezember 1909 um 15 067 704 Mark höher als im gleichen Monate des Vorjahres. Das bedeutet eine Mehrerinnahme von 255 Mark oder 10,72 Prozent auf 1 Kilometer.

Unsere letzte Antwort an den „Bund“. In diesen Tagen wurde uns wieder einmal das zweifelhafteste Vergnügen zuteil, daß uns der gelbe „Bund“ in die Redaktion gebracht wurde, weil darin wieder ein Artikel enthalten ist, der sich gegen unsere Bemerkungen in der Nr. 8 wendet. Nur um die Kampfweise der Gelben einmal deutlich zu illustrieren, gehen wir nochmals mit aller Ausführlichkeit auf die Geschichte ein. Wir hatten in unserer Nr. 8 im Wortlaut die Notiz über die Vernichtung des gelben Bauarbeiterbundes aus dem „Bund“ veröffentlicht. Das Blatt hatte geschrieben:

Der dem Gelben Arbeitsbund ange-schlossene Berliner Bauhandwerker-Bund, der 800 Mitglieder zählte, hatte seinen 1. Vorsitzenden Wilhelm B. wegen Unterschlagung von 2000 Mk. Vereinsgeldern bei der Staatsanwaltschaft angezeigt. Die Behörde stellte aber die Voruntersuchung ein, weil sie der Angabe des B. Glauben schenkte, daß B. den Fehlbetrag im guten Glauben zu Vereinszwecken verausgabt hatte. Dieses Vorkommnis wurde von den in den Bauhandwerker-Bund abtomanisierten Spitzeln höchst perfide ausgenutzt. Sie legten den Unterkassierern nahe, die kassierten Gelder nicht abzuliefern. Wenn B. ungestraft 2000 Mk. in die Tasche stecken dürfe, bedeutete sie an, werde kein Hahn danach krähen, wenn die Unterkassierer weit kleinere Beträge unterschlagen. Die sozialdemokratischen Geheerzien hatten zur Folge, daß 7 Unterkassierer die von ihnen kassierten Mittelglieder beitrage, Summen von je 50-75 Mk., nicht abliefern, worauf der Hauptkassierer die gerade in der Kasse befindlichen 400 Mk. auch für sich behielt. . . .

Aus diesen, dem „Bund“ wörtlich entnommenen Sätzen hatten wir die Folgerung gezogen, daß gelbe Vertrauensmänner von verkappten Hohn zu Betrügereien verleitet worden sind. Nach der neuesten Nummer des „Bund“ soll diese unsere Schlußfolgerung aber falsch sein, denn das gelbe Organ schreibt:

Unverkäuflich ist es aber, wie das Hirsch-Dundersche Organ trotzdem an der Behauptung festhalten kann, daß gelbe Vertrauensmänner Unterschlagungen begangen hätten, während es sich doch in der Tat um rote Spitzeln handelt, die nicht, wie der „Gewerkeverein“ es darstellt, die gelben Vertrauensmänner zu den Unterschlagungen verleitet, sondern sich vielmehr selbst der Vertrauensmännerposten bemächtigt und die Unterschlagungen begangen haben.

Man lese die zuerst angeführten Sätze aus dem „Bund“ noch einmal durch und wird zugeben müssen, daß unsere Schlußfolgerungen durchaus richtig waren. Vielleicht weiß der betreffende Redakteur des „Bund“ nicht mehr, was er geschrieben hatte. Wenn aber jene Sätze das besagen sollten, was in der letzten Nummer der „Bund“ meint, so würde die ursprüngliche Notiz ein geistiges Armutsgewandnis für die „Bund“-Redaktion sein, dessen sie sich wirklich schämen sollte. Dann fehlte ihr jede Logik oder jede Fähigkeit, ihre Gedanken in die richtigen Worte zu kleiden. Aber einmal angenommen, daß sie sich wirklich nicht besser hätte ausdrücken können, daß die Betrüger selbst auch „Genossen“ gewesen wären, so würde die Beurteilung der gelben Organisationen deshalb nicht günstiger ausfallen. Dann wäre eben der Beweis erbracht, daß der gelbe Arbeiterbund nicht nur eine Anzahl verkappter Roter umfaßt hätte, sondern in seiner Mehrheit aus verführten Rotten bestanden hätte; sonst hätten ja die „Genossen“ nicht sämtliche Vertrauensämter innehaben können.

Auf die übrigen Bemerkungen des „Bund“ einzugehen, verlohnt sich nicht der Mühe. Wir haben ohnehin dem Blatt schon viel zu viel Ehre erwiesen. Nur noch eine kurze Bemerkung. Um die Aufmerksamkeit von der eigenen Schande abzulenken, weist der „Bund“ auf die in Nr. 8 veröffentlichte Warnung vor zwei Schwindlern hin, die aus dem Gewerkeverein der Bauhandwerker ausgeschlossen sind. Die Mühe hätte sich das edle Blatt sparen können. Daß sich in eine große Organisation hin und wieder Lumpen einschleichen, ist kein Wunder. Werden sie aber bei uns als solche entlarvt, so fliegen sie an die frische Luft. Das ist ja auch in diesem Falle geschehen. Vielleicht haben die beiden irgendwo bei den Gelben jetzt Unterkunft gefunden.

Damit ist diese Auseinandersetzung für uns erledigt.

Eine unverständliche Nachgiebigkeit hat kürzlich der Magistrat von Augsburg gegenüber den Wünschen der Unternehmer gezeigt. Das dortige städtische Arbeitsamt enthielt bisher in seiner Geschäftsordnung die Vorschrift, daß bei Streiks und Aussperrungen die Arbeitsvermittlung für die bestreikten Orte und Betriebe eingestellt wird. Diese Einrichtung hat sich auch während der ganzen Zeit des Bestehens des Arbeitsamtes in jeder Hinsicht gut bewährt. Trotz alledem wurde in der letzten Magistratsitzung, zweifellos auf Anregung der Augsburger Unternehmer, ein Antrag eingebracht und leider auch angenommen, nach welchem in Zukunft die Vermittlung von Arbeitern nach bestreikten Orten und Betrieben fortgeführt werden soll. Den Arbeitshandeln sollen lediglich durch Anschlag im Arbeitsamte die Orte bekanntgegeben werden, in denen ein Streik oder Aussperrung besteht.

Es bedarf keiner Erwähnung, daß mit der Annahme dieses Antrages das Augsburger städtische Arbeitsamt seine Unparteilichkeit verloren hat. Auch die Befanngabe der bestreikten Orte ändert nichts an der Tatsache, daß das Arbeitsamt zu einer Streifbrechervermittlungsstelle herabgesunken ist. Augsburg setzt offenbar alles daran, um in bezug auf soziale Rückständigkeit allen anderen Gemeinden voranzugehen.

Als 407. Veranstaltung des Vereins für Volksunterhaltungen ist für Sonntag, den 6. Februar, ein Besuch der Treptow-Sternwarte (Treptower Chaussee 33) geplant. Das Programm hierfür ist folgendes: 1. Führung durch das astronomische Museum; Erklärung der ausgestellten Gegenstände und des großen Fernrohrs. Nachmittags von 6 Uhr an. 2. Vortrag mit Lichtbildern vom Herrn Direktor Dr. F. S. Ardenholz: Kometenfurcht und Weltuntergangssprophezeiungen unter besonderer Berücksichtigung des Halleischen Kometen. Beginn pünktlich 7 Uhr. 3. Beobachtung mit dem großen Fernrohr: Der Halleische Komet.

Tätigkeitsbericht: der Ortsverbände über das Jahr 1909.

Ortsverband Aue und Umgegend.

Der Ortsverband hielt im verfloffenen Jahre fünf Verbandsversammlungen und 6 Ausschüßsitzungen ab. Zur Gründung neuer Ortsvereine konnte nicht geschritten werden. Auch beteiligten wir uns nicht an den Wahlen zur unteren Verwaltungsbefehde wegen der hohen Geldkosten, die unserem Ortsverband dadurch entstanden wären, und der geringen Mitgliederzahl. Auf unser Gesuch vom 15. Juni 1908 um Errichtung eines Gewerbegerichts für Aue und Umgegend ging unterm 17. November 1908 die endgültige Antwort ein. Bis dahin bekamen wir immer den Bescheid, daß die Ausschüsse noch nicht endgültig darüber beraten hätten. Leider ist die letzte Antwort unserem Antrage auch nicht günstig. Die Stadt Aue beruft sich nämlich darauf, daß sie so lange sie noch keine 20 000 Einwohner zählt, kein Gewerbegericht zu errichten brauche. Das wird uns aber nicht abschrecken, immer wieder unsere Forderung zu erheben. In diesem Jahre wurde auch zum ersten Male eine soziale Kommission gebildet, die zur Verwirklichung unseres Gewerbevereinsprogramms in unserem Ortsverbande dienen soll. Sehr wünschenswert wäre es, wenn sich die Mitglieder mehr an den Versammlungen beteiligten, damit mehr im Sinne der Kommission gearbeitet werden kann. Richard Steinhilber, Ortsverbandschriftführer.

Ortsverband Dorimund.

Um die Wirkung der Kritik des Jahres 1909 auf die Organisation abzuschwächen, wurde der Kleinarbeit mehr als bisher Aufmerksamkeit geschenkt. Fast täglich war der engere Ausschuß mit einigen Kollegen aus den Ortsvereinen in diesem Sinne tätig, und auch die Unterstützung des Bezirksleiters Braun fehlte nicht. Wäre die Zahl der mitarbeitenden Kollegen eine größere gewesen, so hätten auch die Erfolge bedeutender sein

können, und die Arbeit, welche auf einzelnen Kollegen manchmal bis zur Erschöpfung lastete, hätte fruchtbringender gestaltet werden können. Öffentlich bringt das neue Jahr in dieser Beziehung Besserung.

Unsere Geschäfte wurden erledigt in 5 Vertreter-sitzungen, 4 Ausschüßsitzungen, 2 kombinierten Sitzungen und 3 Ortsverbandsversammlungen mit folgenden Themen: Herr Wiro über „Jugendgerichte“, Bezirksleiter Braun über „Gewerkeverein und Familie“, Herr Oberlehrer Dr. Nietsche über „Die Parteien des Reichstages“. Besucht wurden vom Vorstand 37 Versammlungen und Sitzungen der angeschlossenen Ortsvereine, 5 Bezirkskonferenzen, 11 öffentliche Versammlungen. Referate wurden gehalten 13; Haus-agitationen wurden eingeleitet und unterstützt 24; Mitteilungen, Versammlungsberichte und Artikel an die Presse wurden 44 eingesandt; Schriftstücke und Drucksachen wurden 447 versandt. Neugegründet wurden der Ortsverein der Bauhandwerker, der schon eine städtische Mitgliederzahl aufweist, und der Ortsverein der Schneider, der ebenfalls eine gute Entwicklung ver-spricht.

Dem Ortsverband gehören 21 Ortsvereine an; die Mitgliederzahl betrug 146. Die Agitation zur Gründung weiterer Ortsvereine ist eingeleitet worden; doch konnte dieselbe wegen Arbeitsüberhäufung nicht weiter verfolgt werden, wird aber nicht aus den Augen gelassen.

Unsere im vorigen Jahre gemachte Eingabe betreffs Veranzichung von Arbeitern als Schöffen und Geschworene, die abschlägig befchieden war, hatte in diesem Jahre einen besseren Erfolg und sind 7 Kollegen als Schöffen ausgelost, davon 2 am Jugendgerichtshof.

Den im hiesigen Bezirk liegenden Ortsvereinen der Bergarbeiter gelang es, mit dem Bezirk Wanne einen Bezirksleiter in der Person des Kollegen Hartke-Wanne anzustellen. Andererseits wurde uns am Jahreschluß durch die Erkrankung des Schriftführers Kollegen Wäit eine wertvolle Arbeitskraft entzogen.

Im Monat Dezember fand die Gewerbegerichts-wahl statt, ein Wahlkampf unter Einwirkung der Reichs-finanzreform und der tags darauf folgenden Stadt-verordnetenwahlen, wie er scharfer nicht gedacht werden kann. Es mußte zur Aufrechterhaltung der Ordnung sogar berittene Polizei aufgedoten werden. Unsere Liste erhielt 2 Kandidaten wie bei der letzten Wahl, ebenso wahrten die anderen Organisationen ihren Ver-stand.

Alles in allem ein überaus arbeitsreiches Jahr! Wollen wir weiter bauen im Sinne unserer Organi-sation, so ist die Hilfe aller Ortsvereine und Kol-legen notwendig. Der Wille zur Arbeit muß mehr als bisher zum Ausdruck kommen und mehr als bisher aus der Reserve herausgetreten werden. Dann ist auch der neugewählte Ausschuß in der Lage, größere Erfolge innerhalb des Ortsverbandes zu verzeichnen. An dieser Stelle aber allen tätigen Kollegen für ihre Mitwirkung besten Dank.

J. B. des Schriftführers: A. Hendrich.

Ortsverband Gerbach a. N.

Der Ortsverband erledigte seine Geschäfte in acht Sitzungen und 4 Versammlungen, darunter 1 öffent-liche. Der Ortsverband hat damit ein Agitationsfest verbunden, zu dem sämtliche Ortsvereine von Heibel-berg bis Heilsbrunn eingeladen waren, das aber wegen des ungünstigen Wetters keinen befriedigenden Ver-lauf nahm. In den Versammlungen hielten Vorträge Kollege Münz-Magdeburg und Herr Redakteur Dees-Karlsruhe. In diesem Jahre hat auch die Bürgerausschüßwahl stattgefunden, an welcher der Ortsverband auch beteiligt war mit dem Erfolge, daß es uns gelang, drei Sitze zu erringen. Bei der Ge-werbegerichts-wahl haben wir durch die Verhältniswahl 4 Gewerbevereiner als Weisiger hineingebracht, während die „Freien“ nur 2 Sitze eroberten. Ferner hat der Ortsverband es sich zur Aufgabe gestellt, gegen die über-mäßige Teuerung in Brot und Spegereimaren einzu-greifen. Nachdem die neuen Steuern in Kraft getreten sind, haben Bäcker und Kaufleute angefangen, auf sämt-liche Waren aufzuschlagen, auch auf solche, die nicht durch die Steuern getroffen wurden. Durch An-drohung, daß wir die Ware von auswärts beziehen wer-den, sind die Preise für die meisten Waren wieder er-mäßigt worden.

Bernhard Böhm, Ortsverbandschriftführer.

Ortsverband Witten.

Der Ortsverband Witten erledigte seine Geschäfte in 1 Vorstand-, 2 Vertreter- und 4 kombinierten Aus-schüßsitzungen. Von letzteren waren 2 mit nachträ-glicher Monatsversammlung verbunden. Obgleich der Besuch der einzelnen Versammlungen ein merklich besserer war als im Vorjahre, so hätte er doch noch zahlreicher sein können. Nur einmal konnte die An-wesenheit sämtlicher Vertreter festgehalten werden. Vorträge wurden 4 gehalten; 3 durch den Bezirks-leiter Kollegen Braun-Dortmund und 1 durch Kol-legen Seeger-Annen. Nach außen in Tätigkeit trat der Ortsverband nur einmal, und zwar bei der Gewerbegerichts-wahl in Witten. Dieselbe wurde nach dem Proportionalwahl-system vorgenommen, und gingen unsere Kollegen selbständig vor. Obgleich die Aussicht für die Gewerbevereinsliste nicht rosig war, gelang es doch, einen Weisiger durchzubringen. Leider hat ein großer Teil der hiesigen Arbeiter für die Gewerbevereine noch zu wenig Interesse, sonst hätte das Resultat ein besseres sein können.

Der Ortsverband könnte auch sonst hier am Orte mehr leisten. Doch dazu gehört vor allem, daß die Ver-treter der einzelnen Vereine die Aufgaben desselben besonders durch den Besuch einer jeden einzelnen Sitzung fördern helfen. Darum, Kollegen, setzen wir in diesem Jahre alle fleißig auf dem Posten und sage sich

